MENOLD BEZLER

Stadt Villingen-Schwenningen

Europaweite Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Realisierung eines Feuerwehrzentrums mit Ausbildungs- und Logistikzentrum

im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

BEWERBERMEMORANDUM

Inhaltsverzeichnis

1 Gegenstand des Verfahrens 3
1.1 Leistungszeitraum 5
2 Vergabestelle / Terminologie / Berater 6
2.1 Terminologie 6
2.2 Berater 6
3 Formale Angaben zum Verfahren 6
3.1 Art des Verfahrens 6
3.2 Teilnahmeberechtigung 7
3.3 Bewerbergemeinschaften 7
3.4 Eignung / Eignungsleihe / Unterauftragnehmer 7
3.5 Ablauf des Verfahrens 8
3.6 Angebotswertung 9
4 Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1) 10
4.1 Form und Frist der Teilnahmeanträge 10
4.2 Inhalte der Teilnahmeanträge, Bewerberauswahl 10
4.2.1 Nachweis der Eignung 10
4.2.2 Auswahl der Bewerber 11
4.3 Nachforderung von Unterlagen 15
5 Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens 15
5.1 Einverständnis der Bewerber 15
5.2 Fragen zum Verfahren 16
5.3 Änderung und Aufhebung des Verfahrens 17
5.4 Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren 17
5.6 Tariftreue und Mindestlohn 17
6 Vergabekammer 17
7 Anlage 18

1 Verfahrensgegenstand

1.1 Hintergrundinformationen/ Aufgabenbeschreibung

Die Stadt Villingen-Schwenningen beabsichtigt die Errichtung eines neuen Feuerwehrzentrums mit Ausbildungs- und Logistikzentrum zur langfristigen Sicherung und Weiterentwicklung der örtlichen Gefahrenabwehr sowie zur Bündelung bislang dezentral organisierter Ausbildungs-, Logistik-, Werkstatt- und Verwaltungsfunktionen in drei Bauabschnitten.

Hierfür steht das städtische Grundstück Wilhelm-Schickard-Straße 9 (Flst.-Nr. 3705) mit einer Gesamtfläche von rund 18.476 m² zur Verfügung. Der Standort befindet sich im Zentralbereich zwischen Villingen und Schwenningen und bietet aufgrund seiner Größe und Lage die Möglichkeit, die für einen modernen Feuerwehrstandort erforderlichen Gebäude-, Übungs- und Außenanlagenflächen bedarfsgerecht zu entwickeln.

Das Gesamtvorhaben umfasst die Errichtung eines Feuerwehrzentrums mit voraussichtlich 19 Garagenstellplätzen, Werkstatt- und Logistikbereichen, Lagerflächen, Verwaltungs- und Aufenthaltsräumen, Ausbildungsbereichen sowie den hierzu erforderlichen Verkehrs-, Stellplatz- und Freianlagen. Das genaue Raumprogramm wird in enger Abstimmung mit dem städt. Amt für Feuerwehr, Brand- und Bevölkerungsschutz entwickelt.

Die Umsetzung des Gesamtvorhabens soll aus wirtschaftlichen und organisatorischen Gründen in mehreren Bauabschnitten erfolgen. Derzeit ist vorgesehen, das Projekt in drei Bauabschnitten zu realisieren.

Der erste Bauabschnitt umfasst nach derzeitigem Planungsstand auf Grundlage der DIN 14092 für Feuerwehrhäuser insbesondere die Errichtung von sechs Garagenstellplätzen für Einsatzfahrzeuge, eines zweigeschossigen Büro- und Verwaltungsriegels, der erforderlichen PKW-Stellplätze, eines Alarmhofs sowie der notwendigen Erschließungs- und Freianlagen. Für den ersten Bauabschnitt wird derzeit von Gesamtbaukosten (Kostengruppe 200 bis 700) in Höhe von ca. EUR 4,7 Mio. brutto ausgegangen.

Die weiteren Bauabschnitte dienen der schrittweisen Ergänzung der Fahrzeughallen-, Logistik-, Werkstatt-, Ausbildungs- und sonstigen Funktionsbereiche bis zur vollständigen Realisierung des Feuerwehrzentrums mit insgesamt 19 Garagenstellplätzen.

Die Planung des ersten Bauabschnitts hat die spätere Umsetzung der weiteren Bauabschnitte planerisch (d.h. funktional und räumlich) zu berücksichtigen. Ziel ist die Entwicklung eines funktional, wirtschaftlich und technisch abgestimmten Gesamtkonzepts für den Endausbau des Standorts.

1.2 Leistungsumfang

Gegenstand des vorliegenden Verfahrens ist die Vergabe folgender Planungsleistungen an einen Generalplaner:

- Objektplanungsleistungen Gebäude und Innenräume nach § 34 HOAI i.V.m. Anlage 10.1 für die Leistungsphasen 1 bis 9,
- Besondere Leistung:
    - Mitberücksichtigung des Gesamtareals bzw. der weiteren Bauabschnitte in funktional-räumlicher Hinsicht
    - Untersuchung eines alternativen Lösungsansatzes für den ersten Bauabschnitt einschließlich Kostenbewertung (Leistungsphase 2); hierbei ist eine Ausführungsvariante in Holzbauweise einzubeziehen und unter Berücksichtigung der Lebenszykluskosten zu bewerten,
- Objektplanungsleistungen Freianlagen nach § § 39 HOAI i.V.m. Anlage 11.1 für die Leistungsphasen 1 bis 9,
- Fachplanungsleistungen der Technischen Gebäudeausrüstung nach § 55 HOAI i.V.m. Anlage 15.1 in den Anlagengruppen 1 bis 5, 7 und 8 für die Leistungsphasen 1 bis 9,
- Fachplanungsleistungen Tragwerksplanung nach § 51 HOAI i.V.m. Anlage 14.1 in den Leistungsphasen 1 bis 6 (Grundleistungen) und 7 bis 9 (besondere Leistungen),
- Leistungen der Bauphysik (Wärmeschutz und Energiebilanzierung, Bauakustik (Schallschutz) und Raumakustik nach § 3 Abs. 1 HOAI i.V.m. Anlage 1, Ziffer 1.2.2 in den Leistungsphasen 1 bis 7,
- Brandschutzplanung (inkl. Fachbauleitung) nach AHO Heft Nr. 17 in den Leistungsphasen 1 bis 9,
- Bestellung eines Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinators (SiGeKo) gemäß Baustellenverordnung
- Geotechnische Leistungen einschließlich der erforderlichen Baugrunduntersuchungen und Erstellung eines Baugrund- bzw. Geotechnischen Berichts

Der Auftragnehmer übernimmt als Generalplaner die Gesamtkoordination sämtlicher Planungsbeteiligter sowie die fachliche, technische und terminliche Abstimmung aller Fachdisziplinen.

Die Beauftragung erfolgt sowohl bauabschnittsweise als auch stufenweise. Gegenstand der Grundbeauftragung sind die Generalplanungsleistungen für den ersten Bauabschnitt in den jeweils vorgesehenen ersten Leistungsstufen inkl. der genannten Besonderen Leistungen. Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Leistungsstufen innerhalb des ersten Bauabschnitts sowie die Generalplanungsleistungen für die Bauabschnitte 2 und 3 einschließlich der jeweiligen weiteren Leistungsstufen optional abzurufen. Ein Anspruch auf die Beauftragung weiterer Bauabschnitte oder weiterer Leistungsstufen besteht nicht.

Nähere Informationen zum Auftragsgegenstand erhalten die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten Bewerber mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

1.3 Terminplan

Die Planungsleistungen sollen unmittelbar nach Zuschlagserteilung aufgenommen werden.

Nach derzeitigem Projektstand ist für den ersten Bauabschnitt folgender (unverbindlicher) Terminplan vorgesehen:

Meilenstein	Termin
Beginn der Planung	Frühjahr 2027
Abschluss Vorentwurfsplanung	Juni 2027
Abschluss Entwurfsplanung	September 2027
Abschluss Genehmigungsplanung	Oktober 2027
Abschluss Ausführungsplanung	Januar 2028
1. Vergabe als „Maßnahmenbeginn“ zwingend vor dem 31.12.2027 aufgrund Frist für Zuwendungen des Landes BW	31. Dezember 2027
Durchführung der Ausschreibungen und Vergaben	bis März 2028

Baubeginn	voraussichtlich 2028
Fertigstellung des ersten Bauabschnitts	September 2029

Die Generalplanungsleistungen für den ersten Bauabschnitt werden entsprechend dem Projektfortschritt stufenweise beauftragt.

Die Generalplanungsleistungen für die Bauabschnitte 2 und 3 können zu einem späteren Zeitpunkt optional abgerufen werden. Die Terminierung der weiteren Bauabschnitte erfolgt in Abhängigkeit von den haushaltsrechtlichen, organisatorischen und förderrechtlichen Rahmenbedingungen.

2 Vergabestelle / Terminologie / Berater

Vergabestelle und Auftraggeber ist die Stadt Villlingen-Schwenningen.

2.1 Terminologie

Die Stadt Villingen-Schwenningen wird in den Vergabeunterlagen gleichbedeutend auch als „Auftraggeber“ bzw. „AG“ oder „Vergabestelle“ bezeichnet. Die Bewerber/Bieter werden gleichbedeutend auch als „Auftragnehmer“ oder „AN“ bezeichnet. Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als „Vertragspartner“ bezeichnet.

2.2 Berater

Die Vergabestelle wird in diesem Verfahren begleitet durch:

Menold Bezler Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft mbB
Rechtsanwältin/Fachanwältin für Vergaberecht Janina Dinkelaker
Rechtsanwalt/Fachanwalt für Vergaberecht Max Löer
Stresemannstraße 79
70191 Stuttgart

3 Formale Angaben zum Verfahren

3.1 Art des Verfahrens

Aufgrund des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden Leistungen erfolgt die Ausschreibung europaweit in einem Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach den Regelungen des GWB sowie der VgV.

Das Verfahren wurde dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU zur europaweiten Bekanntmachung übersandt und im Supplement des Amtsblatts der EU veröffentlicht. Die Vergabebekanntmachung ist auf der Homepage http://ted.europa.eu abrufbar.

3.2 Teilnahmeberechtigung

Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen, die die in der EU-Auftragsbekanntmachung geforderte Eignung aufweisen sowie Bewerbergemeinschaften, die die Eignungsanforderungen erfüllen.

Die gemeinsame Beteiligung mit weiteren Unternehmen ist als Bewerbergemeinschaft oder unter Einbindung von Nachunternehmen nach Maßgabe der Vorgaben dieses Bewerbermemorandums möglich.

Beteiligt sich ein Unternehmen mehrfach – sei es als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder Unterauftragnehmer – an diesem Vergabeverfahren, so kann dies zum Verfahrensausschluss aller Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. als Unterauftragnehmer vorgesehen ist, führen.

3.3 Bewerbergemeinschaften

Unternehmen können sich für die Teilnahme an diesem Verfahren zu Bewerbergemeinschaften zusammenschließen. Bewerbergemeinschaften stehen Einzelbewerbern gleich.

Eine nachträgliche Bildung von Bewerbergemeinschaften nach Ende der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags ist nicht zulässig.

Bewerbergemeinschaften haben eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in welcher sie die Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft darstellen, einen bevollmächtigten Vertreter der Bewerbergemeinschaft benennen und erklären, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

3.4 Eignung / Eignungsleihe / Unterauftragnehmer

Die Eignung ist für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen. Soweit nachfolgend nichts Abweichendes geregelt wird, sind daher alle Eignungsnachweise von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft vorzulegen.

Ein Bewerber kann zum Nachweis seiner Eignung (wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsna-

tur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung der europaweiten Vergabebekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen. Werden die vorstehend dargestellten Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder liegen Ausschlussgründe gemäß § 123 Abs. 1 bis 4 GWB vor, so ist das Unternehmen auf Aufforderung der Vergabestelle innerhalb einer von dieser vorgegebenen Frist zu ersetzen. Liegen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB vor, so kann die Vergabestelle verlangen, dass der Bewerber das Unternehmen ersetzt.

Nicht eignungsrelevante Unterauftragnehmer sind mit dem Teilnahmeantrag noch nicht zu benennen.

3.5 Ablauf des Verfahrens

Das Verhandlungsverfahren wird in zwei Phasen durchgeführt:

Phase 1 – Teilnahmewettbewerb:

Interessierte Unternehmen sind in der derzeit stattfindenden Stufe 1 zur Beteiligung am Teilnahmewettbewerb aufgefordert. Auf der Grundlage, der unter Ziffer 4.2 dargestellten Vorgehensweise werden unter allen grundsätzlich geeigneten Bewerbern im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs drei bis maximal fünf Unternehmen ausgewählt, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden.

Phase 2 – Angebots- und Verhandlungsphase:

Die Vergabeunterlagen werden allen zur Abgabe eines ersten Angebots aufgeforderten Teilnehmern zeitgleich zur Verfügung gestellt. Der geforderte Inhalt der Angebote ist in den Vergabeunterlagen dargestellt, die den im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten und zur Abgabe eines Angebots aufgeforderten Bewerbern zugehen werden.

Die Bieter haben zudem ihre Konzepte im Rahmen einer ca. 45 bis 60-minütigen Präsentation mit anschließender Fragerunde vorzustellen.

Die ersten Angebote werden auf Grundlage der Zuschlagskriterien bewertet. Auf dieser Grundlage wird ein Bieterranking erstellt.

Die Vergabestelle behält sich vor, im Rahmen des an die erste Wertung anschließenden Verhandlungsverfahrens sukzessive weniger gut platzierte Bieter auszuscheiden, nur mit einzelnen anhand der Wertung besser platzierten Bietern in (weitere) Verhandlungen zu treten und Endverhandlungen nur mit einem Unternehmen zu führen. Die Vergabestelle behält sich vor, schon auf Grundlage des ersten Angebots entsprechend zu verfahren.

Nach ggf. erfolgter Durchführung der Verhandlungen sowie Prüfung und Wertung der Angebote wird dem auf Grundlage der Zuschlagskriterien wirtschaftlichsten Angebot der Zuschlag erteilt.

Für das gesamte Verfahren ist folgender **Terminplan** vorgesehen:

Januar 2027:	Aufforderung zur Abgabe eines ersten indikativen Angebots
Februar 2027:	Ende der Frist zur Erstellung des ersten indikativen Angebots
Februar 2027:	Bieterpräsentationen
März 2027:	Verhandlungsgespräche und verbindliches Angebot
Märze 2027:	Zuschlagsentscheidung und Vertragsschluss

Alle vorgenannten Termine sind unverbindlich. Den zur Angebotsabgabe ausgewählten Bewerbern werden die genauen Termine mit Aufforderung zur Angebotsabgabe gesondert mitgeteilt.

3.6 Angebotswertung

Die Bewertung der Angebote in Phase 2 und damit die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt nach folgenden Kriterien:

Honorar	max. 400 Punkte
Personalkonzept	max. 300 Punkte
Konzept zur Herangehensweise	max. 300 Punkte
Summe	**max. 1.000 Punkte**

Die für die Angebotsphase ausgewählten Bieter erhalten nähere Informationen zu den Zuschlagskriterien und möglichen Unterkriterien. Die Vergabestelle behält sich eine geringfügige Modifikation der Zuschlagskriterien vor.

4 Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)

4.1 Form und Frist der Teilnahmeanträge

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags ist das in der Anlage beigefügte **Teilnahmeformular** auszufüllen.

Wichtiger Hinweis:

Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich mithilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal unter folgendem Link

https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YMZ4Y05

bis spätestens

17. Dezember 2026, 12:00 Uhr

im Dateiformat **„pdf“** zu übermitteln.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Teilnahmefrist die Übermittlung des Teilnahmeantrags zu testen.

Die Übermittlung des Teilnahmeantrags hat mithilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal *„dtvp.de“* zu erfolgen. Diese erfolgt über den Menüpunkt *„Teilnahmeanträge“*. Dort wird das kostenlose *„Bietertool“* bereitgestellt, welches eine separate Installation erfordert.

Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Abgabe von Teilnahmeanträgen grundsätzlich keine Auskünfte erteilen.

Informationen zur Nutzung des Portals sowie Antworten zu technischen Fragen, insbesondere zu Systemvoraussetzungen, finden Sie unter https://support.cosinex.de/.

Anderweitig auf elektronischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge, wie z.B. per Telefax oder E-Mail, sowie schriftliche Teilnahmeanträge, sind nicht zugelassen.

4.2 Inhalte der Teilnahmeanträge, Bewerberauswahl

4.2.1 Nachweis der Eignung

Im Teilnahmeantrag ist die Eignung gemäß den Vorgaben in der EU-weiten Vergabebekanntmachung nachzuweisen. Die vorzulegenden Erklärungen und Nachweise ergeben

sich aus den Vorgaben des Teilnahmeformulars (Anlage 1 zu diesem Bewerbermemorandum).

Die Eignung ist für jeden Bewerber bzw. – bei Bewerbergemeinschaften – jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen.

Zum Nachweis der Eignungsanforderungen ist das ausgefüllte **Teilnahmeformular** inklusive der dort aufgeführten Anlagen oder eine entsprechend den Vorgaben ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung vorzulegen.

4.2.2 Auswahl der Bewerber

Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert werden, erfolgt in einem dreistufigen Verfahren.

Stufe 1:

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen. Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

Stufe 2:

Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Stufe 3:

Schließlich wird für den Fall, dass mehr als fünf grundsätzlich geeignete Unternehmen sich beworben haben, unter den Bewerbern anhand der Mindestreferenzen beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern mit Blick auf die zu erbringende Leistung besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll.

Folgende Referenzen sind mindestens nachzuweisen:

1. **Referenz „Objektplanung“**

   Vorlage einer Referenz über die Erbringung von Planungsleistungen „Objektplanung Gebäude und Innenräume“ i.S.v. § 34 HOAI in den Leistungsphasen 2 bis 8 HOAI für den Neubau eines Feuerwehrhauses, einer Rettungswache, eines Betriebshofs, einer

Straßenmeisterei, eines Betriebs- oder Produktionsgebäudes oder eines vergleichbaren Gebäudes, jeweils mit mindestens drei Fahrzeugstellplätzen mit Baukosten von mindestens EUR 2,5 Mio. brutto in den Kostengruppen 300 bis 400 gemäß DIN 276. Die Abnahme des Referenzprojekts muss innerhalb der letzten 10 Jahre (frühestens 01.01.2017) bis zum Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt sein.

2. **Referenz „Tragwerksplanung“**

Vorlage einer Referenz über die Erbringung von Tragwerksplanungsleistungen i.S.v. § 51 HOAI in den Leistungsphasen 2 bis 6 HOAI für den Neubau eines Feuerwehrhauses, einer Rettungswache, eines Betriebshofs, einer Straßenmeisterei, eines Betriebs- oder Produktionsgebäudes oder eines vergleichbaren Gebäudes, jeweils mit mindestens drei Fahrzeugstellplätzen mit Baukosten von mindestens EUR 2,5 Mio. brutto in den Kostengruppen 300 bis 400 gemäß DIN 276. Der Abschluss von Leistungsphase 6 muss innerhalb der letzten 10 Jahre (frühestens 01.01.2017) bis zum Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt sein.

3. **Referenz „HLS-Planung“**

Vorlage einer Referenz über die Erbringung von Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung i.S.v. § 55 HOAI für die Anlagengruppen 1 bis 3 in den Leistungsphasen 2, 3, 5 bis 8 HOAI für den Neubau eines Feuerwehrhauses, einer Rettungswache, eines Betriebshofs, einer Straßenmeisterei, eines Betriebs- oder Produktionsgebäudes oder eines vergleichbaren Gebäudes, jeweils mit mindestens drei Fahrzeugstellplätzen mit Baukosten von mindestens EUR 0,7 Mio. brutto in der Kostengruppe 400 gemäß DIN 276. Die Abnahme des Referenzprojekts muss innerhalb der letzten 10 Jahre (frühestens 01.01.2017) bis zum Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt sein.

4. **Referenz „Elektro-Planung“**

Vorlage einer Referenz über die Erbringung von Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung i.S.v. § 55 HOAI für die Anlagengruppen 4, 5 und 8 in den Leistungsphasen 2, 3, 5 bis 8 HOAI für den Neubau eines Feuerwehrhauses, einer Rettungswache, eines Betriebshofs, einer Straßenmeisterei, eines Betriebs- oder Produktionsgebäudes oder eines vergleichbaren Gebäudes, jeweils mit mindestens drei Fahrzeugstellplätzen mit Baukosten von mindestens EUR 0,7 Mio. brutto in der Kostengruppe 400 gemäß DIN 276. Die Abnahme des Referenzprojekts muss innerhalb der letzten 10 Jahre (frühestens 01.01.2017) bis zum Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt sein.

Mit „Fahrzeugstellplätzen“ sind Stellplätze für Einsatz-, Nutz- oder vergleichbare Betriebsfahrzeuge (z. B. Feuerwehrfahrzeug, Rettungswagen oder Lkw) gemeint; reine Pkw-Stellplätze sind nicht umfasst.

Die Vorlage von mehr als insgesamt **einer Referenz** je Mindestreferenz ist nicht erwünscht.

Für die Bewerberauswahl werden die vier Referenzen, die jeweils die oben genannten Mindestanforderungen erfüllen, berücksichtigt.

Sofern ein Bewerber die Anforderungen für **die vier Mindestreferenzen** mit derselben Referenz abdeckt, wird diese für alle Kategorien herangezogen.

Die Mindestreferenzen werden wie folgt bewertet:

1. **Referenz „Objektplanung“**

   Bewertet werden bei dieser Referenzleistung die Baukosten brutto (KG 300 bis 400 gem. DIN 276) nach folgender Maßgabe:

> EUR 2,5 Mio.	1 Punkt
> EUR 4 Mio.	2 Punkte
> EUR 6 Mio.	3 Punkte

   Bewertet wird bei dieser Referenzleistung das Fertigstellungsdatum (Abnahme) nach folgender Maßgabe:

vor dem 01.01.2017	1 Punkt
zwischen dem 01.01.2017 und dem 31.12.2020	2 Punkte
ab dem 01.01.2020	3 Punkte

   Bewertet wird bei dieser Referenzleistung die Gebäudeart nach folgender Maßgabe:

Betriebsgebäude, Produktionshalle oder vergleichbares Gebäude	1 Punkt
Betriebshof oder Straßenmeisterei	2 Punkte
Feuerwehrhaus oder Rettungswache	3 Punkte

2. **Referenz „Tragwerksplanung“**

   Bewertet werden bei dieser Referenzleistung die Baukosten brutto (KG 300 bis 400 gem. DIN 276) nach folgender Maßgabe:

> EUR 2,5 Mio.	1 Punkt
> EUR 4 Mio.	2 Punkte
> EUR 6 Mio.	3 Punkte

Bewertet wird bei dieser Referenzleistung der Abschluss von Leistungsphase 6 nach folgender Maßgabe:

vor dem 01.01.2017	1 Punkt
zwischen dem 01.01.2017 und dem 31.12.2020	2 Punkte
ab dem 01.01.2020	3 Punkte

Bewertet wird bei dieser Referenzleistung die Gebäudeart nach folgender Maßgabe:

Betriebsgebäude, Produktionshalle oder vergleichbares Gebäude	1 Punkt
Betriebshof oder Straßenmeisterei	2 Punkte
Feuerwehrhaus oder Rettungswache	3 Punkte

3. Referenz „HLS-Planung“

Bewertet werden bei dieser Referenzleistung die Baukosten brutto (KG 300 bis 400 gem. DIN 276) nach folgender Maßgabe:

> EUR 0,7 Mio.	1 Punkt
> EUR 1,7 Mio.	2 Punkte
> EUR 2,7 Mio.	3 Punkte

Bewertet wird bei dieser Referenzleistung das Fertigstellungsdatum (Abnahme) nach folgender Maßgabe:

vor dem 01.01.2017	1 Punkt
zwischen dem 01.01.2017 und dem 31.12.2020	2 Punkte
ab dem 01.01.2020	3 Punkte

Bewertet wird bei dieser Referenzleistung die Gebäudeart nach folgender Maßgabe:

Betriebsgebäude, Produktionshalle oder vergleichbares Gebäude	1 Punkt
Betriebshof oder Straßenmeisterei	2 Punkte
Feuerwehrhaus oder Rettungswache	3 Punkte

4. Referenz „Elektro-Planung“

Bewertet werden bei dieser Referenzleistung die Baukosten brutto (KG 300 bis 400 gem. DIN 276) nach folgender Maßgabe:

> EUR 0,7 Mio.	1 Punkt
> EUR 1,7 Mio.	2 Punkte
> EUR 2,7 Mio.	3 Punkte

Bewertet wird bei dieser Referenzleistung das Fertigstellungsdatum (Abnahme) nach folgender Maßgabe:

vor dem 01.01.2017	1 Punkt
zwischen dem 01.01.2017 und dem 31.12.2020	2 Punkte
ab dem 01.01.2020	3 Punkte

Bewertet wird bei dieser Referenzleistung die Gebäudeart nach folgender Maßgabe:

Betriebsgebäude, Produktionshalle oder vergleichbares Gebäude	1 Punkt
Betriebshof oder Straßenmeisterei	2 Punkte
Feuerwehrhaus oder Rettungswache	3 Punkte

4. Sonderpunkte bei gesamthafter Planung

Sofern die geforderten vier Mindestreferenzen (Objektplanung, Tragwerksplanung, HLS-Planung und Elektro-Planung) mit einer Referenz „aus einer Hand“ nachgewiesen werden können, erhält der Bewerber fünf Sonderpunkte.

5. Sonderpunkte öffentlicher Auftrag

Sofern die Referenz Objektplanung für einen öffentlichen Auftraggeber erbracht wurden, erhält der Bewerber fünf Sonderpunkte.

Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter überschritten wird, entscheidet das Los.

4.3 Nachforderung von Unterlagen

Die Vergabestelle behält sich vor, von den Bewerbern die Nachreichung, Vervollständigung und/oder Korrektur von Unterlagen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen zu verlangen. Werden Unterlagen nicht fristgemäß nachgereicht, vervollständigt oder korrigiert, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

5 Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens

5.1 Einverständnis der Bewerber

Jeder am Verfahren beteiligte Bewerber erklärt sich durch seine Beteiligung und Mitwirkung mit den vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden. Verlautbarungen jeder Art über Inhalt und Ablauf des Verfahrens vor und während der Laufzeit des Wettbewerbs sowie

des ggf. anschließenden Vergabeverfahrens einschließlich der Veröffentlichung aller Ergebnisse dürfen nur durch die Vergabestelle und ihre Bevollmächtigten abgegeben werden.

Jeder Bewerber willigt durch seine Beteiligung am Verfahren ein, dass seine personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren in Form einer automatisierten Datei geführt werden. Eingetragen werden Name, Vertreter, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht.

Jeder Bewerber hat mit Übersendung von Unterlagen im Teilnahmewettbewerb bzw. in den nachfolgenden Vergabeverhandlungen diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bewerbers daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

5.2 Fragen zum Verfahren

Interessenten haben die Möglichkeit, auf den Teilnahmewettbewerb bezogene Rückfragen zu diesem Vergabeverfahren unter dem Betreff **„Vergabe von Generalplanungsleistungen für die Realisierung des Feuerzentrums Villingen-Schwenningen“** bis zum **7. Dezember 2026** (Eingang)

mittels Vergabeplattform

https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YMZ4Y05

zu stellen.

Bitte beachten Sie:

Antworten zu rechtzeitig eingehenden Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Unterlagen, welche sämtliche Interessenten und Bewerber im Verfahren betreffen, werden unter vorstehend genanntem Link zur Verfügung gestellt.

Bewerber müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrags prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

Verbindlicher Bestandteil der Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb werden die unter vorstehendem Link veröffentlichten Antworten und Informationen. Mündliche Auskünfte und Erklärungen haben keine Gültigkeit.

5.3 Änderung und Aufhebung des Verfahrens

Die Vergabestelle behält sich vor, den Teilnahmewettbewerb zu jedem Zeitpunkt zu modifizieren oder durch einfache Mitteilung zu beenden, insbesondere dann, wenn nicht genügend qualifizierte Bewerbungen eingehen. Im Falle der Beendigung des Verfahrens während des Teilnahmewettbewerbs sind Ansprüche gegen die Vergabestelle ausgeschlossen.

Bewerber, die ihre Bewerbungsunterlagen im Verlauf des Verfahrens ganz oder teilweise publizieren oder Dritten ohne Einverständnis der Vergabestelle aushändigen, können vom Verfahren ausgeschlossen werden.

5.4 Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren

Für das Bearbeiten und Erstellen der Teilnahmeanträge sowie der Angebote wird den Bewerbern keine Entschädigung gewährt.

5.6 Tariftreue und Mindestlohn

Am 1. Juli 2013 ist das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) in Kraft getreten. Danach dürfen öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Auftragswert von EUR 20.000,00 (netto) nur an Unternehmen vergeben werden, die sich in Phase 2 des Verfahrens bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, die Tariftreuepflichten nach § 3 LTMG zu erfüllen und die Zahlung des Mindestentgelts nach § 4 LTMG zu gewährleisten.

Bei der Angebotsabgabe ist eine schriftliche Verpflichtungserklärung des Bieters gemäß § 3 Abs. 1 bis 3 (Tariftreueerklärung) sowohl für den Bieter als auch für die Nachunternehmen und Verleihunternehmern, die der Bieter bei der Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen einbinden möchte, abzugeben.

6 Vergabekammer

Für Nachprüfungsverfahren zuständige Stelle:

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
76137 Karlsruhe
vergabekammer@rpk.bwl.de

7 Anlage

- Teilnahmeformular
- Information DSGVO
- Lageplan_V2
- Lageplan Stadtplan
- Lageplan Luftbild